

«Nicht mehr bereit zu Kompromissen»

WWF, Pro Natura und der Schweizer Vogelschutz erheben **Einsprache** gegen die Teilrevision der Ortsplanung Trin für den geplanten **Ruinaulta-Wanderweg im Abschnitt Ransun**. Nötigenfalls wollen sie bis nach Lausanne gehen.

► JANO FELICE PAJAROLA

K

Klare Worte der Umweltverbände WWF, Pro Natura und Schweizer Vogelschutz an die Adresse des Trägervereins Die Rheinschlucht/Ruinaulta: «Wir sind nicht mehr bereit zu Kompromissen, während die Gegenseite längst fällige Massnahmen nicht umsetzt.» So konstatiert es die Bündner Pro-Natura-Geschäftsführerin Jacqueline von Arx, und gemünzt ist ihre Aussage auf das letzte noch fehlende flussnahe Wanderweg-Teilstück in der Ruinaulta, das der Verein im Gebiet Ransun realisieren will. Die drei Organisationen erheben Einsprache gegen die für das Projekt nötige Teilrevision der Ortsplanung von Trin, wie von Arx bestätigt. Noch ist das fragliche Gebiet eine Naturschutzzone und damit mit einem Bauverbot belegt. So soll es auch bleiben, zumindest vorläufig. Die Teilrevision sei nicht zu bewilligen, heisst es in der Einsprache, oder dann zu sistieren: bis man mit einem geeigneten Umweltmonitoring und einer Rangerdienst-Pilotphase von mindestens zwei Sommern nachweisen könne, dass flankierende Massnahmen in der Ruinaulta umsetzbar und finanzierbar seien. Und dass die Bestände an gefährdeten Tierarten in der Schlucht bei heutiger touristischer Nutzung stabil oder zunehmend seien. Man müsse den Stand der Dinge bei den Arten der Roten Liste kennen, bevor man abschätzen könne, ob weitere Eingriffe in deren Lebensräume toleriert werden könnten.

Das Vertrauen verloren

Die Umweltseite habe sich seit Jahren immer wieder zu Kompromissen in der Ruinaulta bereit erklärt, findet auch WWF-Graubünden-Geschäftsführerin Anita Mazzetta, der Verein hingegen habe gleichzeitig «die Hausaufgaben nicht gemacht». Es sei jetzt an der Zeit, diese Hausaufgaben zu erledigen. Schon 1997 und erneut 2005 habe sogar die Regierung konstatiert, der Besucher-



Aus der Sicht der Umweltorganisationen ist klar, dass das **Auengebiet am Vorderrhein** bei Ransun (Bildmitte) auch weiterhin unerschlossen bleiben soll. (FOTO JANO FELICE PAJAROLA)

druck in der Ruinaulta nehme stark zu – «passiert ist seither nichts», im Gegenteil, der im Richtplan Naturmonument Ruinaulta von 2005 definierte Grundsatz, eine neue Nutzung schützenswerter Gebiete sei nicht zulässig, werde nun mit dem Projekt in Ransun sogar noch missachtet. «Wir haben kein Vertrauen mehr», sagt von Arx. «Wir sind nicht bereit, dieses Kernstück des Naturschutzgebiets aufzugeben.»

«Ranger bedeuten Stellen»

Seit zehn Jahren warte man mittlerweile auf die Realisierung des Rangerkonzepts für die Besucherlenkung. «Wir glauben grundsätzlich, dass es funktionieren kann, glauben aber nicht, dass es umgesetzt wird, sobald die Ransun-Bewilligung einmal da ist», mutmasst von Arx. «Es gibt Probleme in der Schlucht, Biker sind dort, wo sie nicht sein sollten, Fussgänger ebenfalls. Und die Ruinaulta ist gross. Die Frage ist: Wie viele Ranger braucht es?» Ab 2017, das bestätigt auch Trägervereinspräsident Christian Theus, ist eine

Pilotphase mit zwei Teilzeit-Rangern geplant. Mit dieser Zahl sei die Wirksamkeit der Massnahme aber offen, finden Mazzetta und von Arx. Fraglich sei auch die langfristige Finanzierung, da die Gemeinden die nötigen Gelder wohl jährlich wieder im Budget bereitstellen müssten.

«Der neue Weg kostet nur, Wertschöpfung bringt er nicht», ist von Arx ausserdem überzeugt. «Ranger hingegen bedeuten Stellen, sie würden Einnahmen generieren, mit Exkursionen zum Beispiel, und sie sorgen für Wertschätzung.» Aus dieser Sicht seien die Umweltorganisationen mit ihrer Einsprache Förderer, nicht Verhinderer.

«Keine Abstriche mehr»

Ein Regierungsauftrag an den Verein sei neben der Besucherlenkung auch das Monitoring, stellt von Arx fest. Eine von mehreren Rote-Liste-Arten in der Schlucht ist der stark gefährdete Flussuferläufer. Fast die Hälfte des noch verbliebenen nationalen Bestandes ist in Graubünden zu finden, ein bedeutender Teil da-

von – sicher drei Paare – brütet in Ransun, das betont Christa Glauser vom Schweizer Vogelschutz Birdlife Schweiz. «Die Tiere reagieren sehr stark auf Störungen durch den Menschen. Bei ihrem Schutz sind keine Abstriche mehr möglich, die hat man längst schon gemacht. Ihr Lebensraumverlust in der Schweiz ist massiv. Heute zählt jedes Brutpaar.» Bevor in der Ruinaulta Projekte wie der Weg in Ransun in Betracht gezogen werden könnten, müsse man wissen, wie es um den Flussuferläufer und die vielen weiteren gefährdeten Arten in der Schlucht bestellt sei – deshalb das Monitoring. «Sieht man, dass es massive Einbrüche gegeben hat, müssen Massnahmen ergriffen werden», betont von Arx.

Sollte die Regierung die Teilrevision der Ortsplanung von Trin genehmigen, würden die Umweltverbände gemäss Mazzetta ans Verwaltungsgericht gelangen und nötigenfalls auch bis nach Lausanne gehen. «Anhand vergleichbarer Fälle sind wir sicher, dass wir spätestens vor Bundesgericht recht bekommen.»

NACHGEFRAGT

«Scheuen uns nicht vor Massnahmen»

BÜNDNER TAGBLATT: Christian Theus, sind Sie schon informiert über die Einsprache der Umweltorganisationen?

CHRISTIAN THEUS: Gesehen habe ich die Einsprache noch nicht. Wir werden sie nächste Woche analysieren, der Termin ist fixiert. Und dann schauen wir, wie wir darauf reagieren.

Ein Vorwurf der Umweltverbände betrifft die Ranger: Sie befürchten, der Verein werde das Konzept nicht umsetzen, wenn Ransun einmal bewilligt sei.

Blödsinn. Für uns ist es so: Es wird schwierig sein, die geplanten Massnahmen umzusetzen, wenn wir den durchgehenden Wanderweg nicht realisieren können. Dann wird es schwierig, den Gemeinden plausibel zu machen, dass man dafür Geld aufwenden soll. Aber wir haben gerade Ende September an einer ausserordentlichen Versammlung eine Rangerdienst-Pilotphase ab März 2017 für zwei Jahre beschlossen. Das finanzieren wir jetzt mal aus dem Projekt heraus. Später wird man dann für die Finanzierung mit einem Beschluss festhalten, dass der Verein diesen Auftrag erfüllt, das ist ja klar. Auch die Sache mit dem Monitoring und der Besucherlenkung ist aufgegleist, und das ziehen wir durch. Dagegen wehren wir uns auch nicht. Das Problem wird nur sein, wie ich das alles als Präsident vertreten soll, falls wir den durchgehenden Weg nicht machen können.

Der Verein Die Rheinschlucht/Ruinaulta dreht also den Spiess einfach um und sagt, die Massnahmen lassen sich nur umsetzen, wenn man weiss, dass der Weg gebaut werden kann?

Wir leiten die Massnahmen jetzt ja trotzdem ein. Wir haben auch ein Interesse daran, dass das Ganze nach ökologischen Grundsätzen abläuft.



Besucherlenkung und Monitoring in der Ruinaulta seien aufgegleist, sagt **Christian Theus**. (ZVG)

Seitens der Umweltorganisationen heisst es aber, Besucherlenkung und Rangerdienst seien allein schon nötig für die bestehende Erschliessung der Schlucht, nicht nur im Hinblick auf Ransun.

Das kann man anschauen, wie man will. Bisher läuft es ja recht gut, auch mit dem Abschnitt, den wir bereits gebaut haben. Es sind noch keine namhaften Zwischenfälle bekannt. Wir scheuen uns ja auch nicht vor den Massnahmen. Aber wenn man bei den Gemeinden Geld holen will, müssen diese sehen, dass man das Ganze sinnvoll nutzen kann. Ohne durchgehenden Weg ist natürlich das ganze Konzept infrage gestellt.

Die Umweltorganisationen sagen, sie seien dem Verein gegenüber jahrelang Kompromisse eingegangen, er aber habe die Hausaufgaben nicht gemacht.

Diese Aussage ist falsch, umfassend belegbar falsch. Wir haben sehr viel gemacht. Wir haben sechs bis acht Gutachten machen lassen zur Gesamtbeurteilung. Wir haben 600 000 Franken in Abklärungen investiert, um konkrete Grundlagen zu erarbeiten, auf deren Basis man Entscheide treffen kann. Ab meiner Präsidentschaft im Jahr 2008 hat man eine Gesamtstrategie entwickelt. Anderthalb Jahre lang war jetzt auch eine Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der Umweltorganisationen im Einsatz.

Im Richtplan zum Naturmonument von 2005 steht aber klar die Passage: «Eine neue Nutzung schützenswerter Gebiete ist nicht zulässig.» Ist denn der Wegbau in Ransun nicht genau so eine neue Nutzung? Nein ... Nein, das sehe ich eigentlich nicht so. Ich möchte jetzt auch nicht eine grosse Konfrontation dazu. Ein Aufbauschen der Situation dient der Sache nicht. Was mich stört, sind diese ständigen Behauptungen, wir würden irgendetwas nicht einhalten. Das sind Unterstellungen. (JFP)

Christian Theus ist Präsident des Trägervereins Die Rheinschlucht/Ruinaulta.

«... wir haben es wenigstens versucht»

Die zukünftige Finanzierung des Beratungsangebots Beruf und Arbeit der **Frauenzentrale Graubünden** ist unklar. Von der **Regierung** kam wenig hoffnungsvoller Bescheid, und so wenden sich die Verantwortlichen nun an den Grossen Rat.

Die Frauenzentrale Graubünden unterhält die Fachstellen Allgemeine Rechtsberatung, Budgetberatung, Beratung Alimenteninkasso und Beratung Arbeit und Beruf. Letztere ist nun bedroht. Seit ihrer Gründung 1997 wurde die Fachstelle Beratung Beruf und Arbeit (BAB) hauptsächlich mit Bundessubventionen, gestützt auf das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, finanziert. Seit 2009 erhielt die Fachstelle dadurch 100 000 Franken jährlich an Bundessubventionen und 25 000 Franken vom Kanton Graubünden.

Doch nun zieht sich der Bund als grösster «Investor» der Fachstelle Beruf und Arbeit zurück (im BT vom 4. Juli 2016). Heute sei es Aufgabe der Kantone, entsprechende Beratungsangebote einzurichten und zu finanzieren, wird argumentiert. Für die Frauenzentrale Graubünden (FG) heisst das konkret: Wird der Bundesbeitrag wie angekündigt

2017 auf 75 000 und 2018 auf 50 000 Franken reduziert und 2019 ganz eingestellt, wird es nicht mehr möglich sein, auf der Fachstelle BAB niederschwellige und kostengünstige Einzelberatungen anzubieten. Der-

weil ist Cathrin Räber-Schleiss, geschäftsführende Präsidentin der Frauenzentrale Graubünden, überzeugt: «Es gibt im Kanton keine Alternative zur Fachstelle Beratung Beruf und Arbeit.» Belegt werde dies

durch die Tatsache, dass jedes Jahr rund 130 bis 160 Personen – vorwiegend Frauen – beraten würden.

Sparpotenzial wird ausgelotet

Bei der FG werden nun Berechnungen angestellt, wie die Fachstelle erhalten werden könnte. Durch Einsparungen – diese wurden von den Löhnen über Weiterbildungs- bis zu den Verwaltungskosten eruiert – resultiert ohne den Bundesbeitrag immer noch ein Loch von 60 000 Franken in der Kasse. Die Chancen, dass der Kanton für diesen Betrag aufkommt, stehen laut Cathrin Räber-Schleiss jedoch schlecht. «Das hat uns Regierungsrat Martin Jäger bereits signalisiert.» So zählt die FG nun auf ihr Netzwerk im Grossen Rat und ruft zu einer parlamentarischen Initiative auf. «Auch wenn die Aussichten trüb sind, können wir sagen, dass wir es wenigstens versucht haben», sagt die FG-Präsidentin kämpferisch. (KE)



Diskussionsbedarf: Der Erhalt der Beratungsstelle für Beruf und Arbeit beschäftigt Leiterin **Annetta Simeon** (links) und **Cathrin Räber-Schleiss**. (OI)